



23. November 2010

Auszug aus dem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages

Rede in der 2./3. Lesung zum Bundeshaushalt für Gesundheit

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen: Wenn derjenige, der die Sozialversicherungssysteme vor weit mehr als 100 Jahren auf den Weg gebracht hat, nämlich Bismarck, erleben würde,

(Lars Lindemann (FDP): Ach! Der hat damals doch ganz andere Vorstellungen gehabt!)

was Schwarz-Gelb daraus macht,

(Jens Spahn (CDU/CSU): Dass die Sozialdemokraten einmal Bismarck zitieren, hätte er bestimmt nie gedacht!)

würde er sich im Grabe umdrehen, Herr Spahn.

(Lars Lindemann (FDP): Ja, genau! Der wollte nämlich etwas ganz anderes!)

Denn Schwarz-Gelb ist offenkundig nur von einem einzigen Wunsch beseelt, nämlich die sozialen Sicherungssysteme, die die ganzen Jahre über so etwas wie der Kitt unserer Gesellschaft gewesen sind, zu individualisieren und zu privatisieren. Das wollen Sie, Sie sagen es nur nicht. Aber die Menschen werden es sehen. Sie sind nämlich nicht so dumm, wie Sie glauben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Christian Lange (Backnang) (SPD): Vor allen Dingen werden sie es spüren!)

Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen, Frau Flach, auch wenn Sie etwas anderes wiederholen - Sie sollten die Zahlen bitte so zuordnen, dass sie stimmen -: Ulla Schmidts Abschlussbilanz war 1 Milliarde Euro Überschuss bei den gesetzlichen Krankenversicherungen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Ulrike Flach (FDP) hält einen Presseartikel hoch - Ulrike Flach (FDP): Gucken Sie mal! Das ist der zugehörige Artikel!)

Im Jahr 2010 regiert Schwarz-Gelb und nicht die SPD. Für das Jahr 2011 - auch dann wollen Sie noch regieren - war ein Defizit von 9 bis 11 Milliarden Euro prognostiziert, das Sie zunächst einmal unter anderem mit Beitragssatzanhebungen be-



kämpfen wollten, die auch Sie nicht wollten, Herr Rösler, und die Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit sogar ausgeschlossen hatten.

Sie haben es in der letzten Woche geschafft, dass die Grundsäulen der gesetzlichen Krankenversicherung zerstört werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber sie werden Gott sei Dank nicht so zerstört, dass wir sie 2013 nicht wieder rückgängig machen könnten. Wir werden das machen. Wer 2013 mit uns regieren will, wird diesen Murks rückstandslos rückgängig machen müssen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU/CSU: Wer will das denn schon?)

Ich sage Ihnen einmal etwas zu dem Thema gerechte Finanzierung und **Sozialausgleich**. Sie behaupten erstens, der sogenannte Sozialausgleich würde aus Steuermitteln finanziert. Die starken Einkommen würden viel mehr dazu beitragen als die schwachen Einkommen.

(Zuruf von der FDP: Prozentrechnung!)

- Nein, es geht nicht um Prozentrechnung, Herr Kollege. Da sind Sie leider im Irrtum.
- Schauen Sie sich das einmal an: Sie wollen keine Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen, und zwar für die Menschen oben mehr Steuersenkungen als für die Menschen unten. Das bedeutet aber eben nicht, dass die breiten Schultern mehr tragen als die schwachen Schultern.

Der zweite Punkt ist: Da nicht mehr Steuern generiert werden, Sie aber den Steuerzuschuss in die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen, muss das Geld irgendwoher kommen. Und wo nehmen Sie es her? Sie kürzen den Zuschuss an die Rentenversicherung für die Langzeitarbeitslosen. Das sind dann die stärkeren Schultern, wenn es nach Ihnen geht. Sie streichen den SGB-II-Empfängern das Elterngeld. Das sind dann die stärkeren Schultern, wenn es nach Ihnen geht. Was ist das denn für eine Politik? Sie organisieren weniger Netto vom Brutto für die unteren Einkommen, und die oberen Einkommen werden unterproportional an den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen beteiligt. Das ist Politik à la Schwarz-Gelb. Das ist keine gerechte Politik. Das ist ungerecht, und das ist zynisch, liebe Kollegen und Kolleginnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Von der **PKV** haben Sie ordentlich Wahlkampfspenden erhalten. Dafür bedanken Sie sich jetzt mit der Möglichkeit zu schnellerem Wechseln. Es gibt jetzt einen Turbowechsel für diejenigen Versicherten, die gut verdienen. Die Zusatzversicherungen sind ein exklusives Geschäft für die PKV. Das ist wirklich sehr sozial, muss man einmal sagen.



Aber damit nicht genug: Sie wollen die **gesetzlichen Krankenversicherungen** dem Kartellrecht unterwerfen. Ich frage mich, welche Denke dahintersteht. Die gesetzlichen Krankenversicherungen sind Sozialversicherungen und keine Wirtschaftsunternehmen. Der Sinn und Zweck der Sozialversicherung ist, mit den Beitragsmitteln möglichst sparsam umzugehen. Das heißt, wenn die gesetzlichen Krankenversicherungen gut verhandeln, dann tun sie das nicht zum Zweck der Gewinnmaximierung, sondern sie tun das dafür, damit die Versicherten ihre Beiträge nicht noch mehr erhöht bekommen.

(Abg. Max Straubinger (CDU/CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Präsident, Herr Straubinger möchte mir eine Zwischenfrage stellen.

(Heiterkeit - Wolfgang Zöllner (CDU/CSU): Er ist schon ganz scharf darauf!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Indem Sie mich darauf aufmerksam machen, wollen Sie zum Ausdruck bringen, dass Sie die Frage gerne gestellt bekommen wollen.

Elke Ferner (SPD):

Gerne, ja. Wenn Sie die Uhr anhalten, ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Straubinger, bitte schön.

Max Straubinger (CDU/CSU):

Frau Kollegin, weil Sie in Ihren Ausführungen wieder einen Zusammenhang zwischen Wahlkampfspenden und damit verbundenen politischen Entscheidungen herstellen wollen, frage ich Sie: Gehe ich recht in der Annahme, dass auch die SPD als Partei von der Versicherungswirtschaft eine Spende bekommen hat?

Elke Ferner (SPD):

Herr Straubinger, ich danke Ihnen sehr für diese wunderbare Frage. Bei der Antwort darauf kann man nämlich den Unterschied zwischen Ihnen und uns ganz klar und deutlich machen.

Wir haben uns immer dazu bekannt, dass wir die Unterschiede und vor allem die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung für falsch halten und eine **Bürgerversicherung** wollen.



(Max Straubinger (CDU/CSU): Meine Frage war, ob Sie eine Spende erhalten haben!)

Daran ändern auch Spenden der privaten Versicherungswirtschaft nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Lachen bei der CDU/CSU und der FDP - Johannes Singhammer (CDU/CSU): Waren sie zu niedrig?)

Sie, Herr Straubinger, sorgen aber durch die Möglichkeit des Turbowechsels dafür, dass den gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahr ein Betrag in dreistelliger Millionenhöhe verloren geht. Sie schustern der privaten Krankenversicherung das Zusatzgeschäft exklusiv zu. Das ist Ihre Politik, Herr Straubinger, und deshalb bedanke ich mich ganz herzlich für diese Frage.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rösler hat ja eben die WHO angesprochen. Ich habe im Übrigen eine völlig andere Einschätzung als Sie: Sie erreichen mit Ihrer Reform alle drei Punkte nicht. Herr Rösler, Sie sind an allen drei Punkten auf der ganzen Linie gescheitert. Deshalb werden Sie 2013 auch die Quittung dafür bekommen.

Da Sie sich schon auf die WHO berufen, wundert es mich ein bisschen, dass Sie nicht auch darauf hinweisen, dass die WHO beispielsweise gesagt hat, dass beim Modell der **Vorkasse** die Kostensteuerung durch die Krankenkassen fehlt. Die WHO sagt auch:

Die Organisation plädiert stattdessen für Systeme, bei denen es möglichst keine direkten Finanzbeziehungen zwischen Ärzten und Patienten gibt.

Das finden Sie nicht so gut, weil Sie in der letzten Woche das Gegenteil beschlossen haben.

Ich kann alle Neugierigen unter den Versicherten nur warnen, diese Vorkasse zu leisten.

(Jens Spahn (CDU/CSU): Welche Vorkasse denn?)

Ich kann ihnen nur empfehlen, dass sie, wenn ihnen ein Arzt nur dann einen Termin geben will, wenn sie bereit sind, in Vorkasse zu treten, sofort ihre Krankenkasse informieren, weil das nicht erlaubt ist. Es wird aber so kommen.

(Ulrike Flach (FDP): Was ist das denn? Es gibt keine Vorkasse!)

- Frau Flach, die Einzigen, die einen Vorteil von der Vorkasse haben, sind die Ärzte, die höhere Honorare bekommen, aber nicht die Versicherten, die auch ohne Vorkas-



se genau die gleiche Sachleistung und medizinische Versorgung erhalten würden, während die Ärzte nicht so viel Honorar bekämen.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Rawert (SPD): Weniger Netto vom Brutto! - Heinz Lanfermann (FDP): Kaufen Sie sich doch einmal einen Duden, damit Sie die Begriffe verstehen, oder lesen Sie bei Wikipedia nach! - Gegenruf des Abg. Michael Leutert (DIE LINKE): Kaufen Sie sich einen Taschenrechner!)

Der letzte Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte, ist die **Pflegeversicherung**. Sie wollen die Kopfpauschale jetzt auch noch in der Pflegeversicherung einführen, weil in Ihrer Koalitionsvereinbarung Unsinn steht. Haben Sie sich eigentlich einmal ausgerechnet, wie viel Geld man mit 10 Euro im Monat bei einer Verzinsung von 3 Prozent nach zehn Jahren zusätzlich auf der hohen Kante hat? Das soll ja individuell sein, wenn ich das richtig gelesen habe. Herr Spahn, Sie können ja vielleicht einmal erklären, wie Sie das alles machen wollen und inwiefern individuelle Rückstellungen besser funktionieren sollen als eine kollektive Absicherung der Risiken.

(Jens Spahn (CDU/CSU): Da steht „individualisiert“! Das ist etwas anderes! - Heinz Lanfermann (FDP): Schauen Sie einmal in einen Duden, damit Sie wissen, was die einzelnen Wörter bedeuten!)

Man hat dann ungefähr 1 300 Euro. Wer weiß, was die Hilfestellung im Falle der Pflegebedürftigkeit kostet, der weiß auch, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist und dass das Problem hinsichtlich der Demografie dadurch überhaupt nicht gelöst wird.

Das Einzige, was damit erreicht wird, ist, dass die privaten Versicherungsunternehmen - insofern liefern Sie ihnen an dieser Stelle wohl auch wieder etwas - höhere Renditeerwartungen haben werden. Sonst passiert an dieser Stelle nichts.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert (SPD))

Ich kann nur sagen: Ihre Gesundheitspolitik und Ihre Politik für die Pflegebedürftigen sind gescheitert. Sie werden das auch in den nächsten drei Jahren nicht besser machen können, weil Sie ideologisch völlig verblendet sind und unseren Sozialstaat kurz und klein hauen wollen.

(Ulrike Flach (FDP): Das müssen Sie gerade sagen!)

Den Schaden, der bis 2013 eingetreten ist, werden wir rückstandslos wieder rückgängig machen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION